



TOP I Gesundheits-, Sozial- und ärztliche Berufspolitik

Titel: Ausgabe der elektronischen Gesundheitskarte für Flüchtlinge

Entschließungsantrag

Von: Dipl.-Med. Bernd Helmecke als Delegierter der Ärztekammer Mecklenburg-Vorpommern
Dr. Wolf von Römer als Delegierter der Bayerischen Landesärztekammer
Dr. Wolf Andreas Fach als Delegierter der Landesärztekammer Hessen

DER DEUTSCHE ÄRZTETAG MÖGE FOLGENDE ENTSCHEIDUNG FASSEN:

Der 119. Deutsche Ärztetag 2016 fordert zur Verbesserung der medizinischen Versorgung der Flüchtlinge die Ausgabe der elektronischen Gesundheitskarte (eGK). Die ärztliche Vergütung bleibt wie bisher extrabudgetär, wobei die Krankenkassen die entstehenden Kosten mit den zuständigen Sozialhilfeträgern entsprechend verrechnen. Darüber hinaus muss der zusätzliche Aufwand für einen stark traumatisierten und mit erheblichen Sprachproblemen behafteten Patientenkreis besser abgebildet werden.

Begründung:

Ausgehend von einer vom Berufsverband Deutscher Internisten e. V. (BDI) und von der Deutschen Gesellschaft für Innere Medizin (DGIM) initiierten Umfrage bei den Fachärzten für Innere Medizin in Deutschland hat sich herausgestellt, dass:

- grundsätzlich keine entscheidenden Differenzen in der Morbidität der Flüchtlinge und der deutschen Bevölkerung bestehen
- die Diagnostik und Therapie aber durch die Traumatisierung der Flüchtlinge aufgrund ihrer Historie und vor allem durch erhebliche sprachliche Barrieren erschwert wird.

Dies macht einen erhöhten ärztlichen Aufwand sowohl in den Praxen als auch im Krankenhaus erforderlich, der bei der Abrechnung der Leistungen berücksichtigt werden muss.

ANGENOMMEN

Angenommen: Abgelehnt: Vorstandsüberweisung: Entfallen: Zurückgezogen: Nichtbefassung:

Stimmen Ja: 0

Stimmen Nein: 0

Enthaltungen: 0